



# Sichtachse

## Potsdamer

### Im Rückblick: Die SVV vom 4. Juni 2013

Die Beschlussfassung über die Satzung der Tourismusabgabe war nicht mehr auf der Tagesordnung. Trotzdem prägte dieses Thema die SVV am 4. Juni. Denn dafür wurde der Dringlichkeitsantrag der Kooperation, den OB aufzufordern, die Einführung einer Bettensteuer zu prüfen, beantragt und mit Stimmenmehrheit beschlossen. Das Prüfergebnis soll in der Septembersitzung vorgelegt werden. Beides, sowohl das Absetzen der Satzung der Tourismusabgabe als auch der Dringlichkeitsantrag, hat unmittelbaren Einfluss auf die Entscheidung der Landeshauptstadt, wie sie die Deckung des von der Schlösserstiftung geforderten finanziellen Beitrages finanzieren kann. Nur mit einer finanziellen Beteiligung der Stadt will die Stiftung auf einen Parkeintritt verzichten. Ein Anliegen, das uns alle noch länger beschäftigt wird. Sind die Potsdamerinnen und Potsdamer für oder gegen einen Parkeintritt? Die CDU/ANW-Fraktion wird sich über ihre Position eingehend beraten. Ein klares „Ja“ oder ein klares „Nein“ wird diesem Thema sicherlich nicht gerecht. Die Androhung des Oberbürgermeisters, ab 2014 eine Haushaltssperre zu verhängen, falls keine Gegenfinanzierung gesichert wird, wirft viele Fragen auf. Wann und wo sollen Kürzungen vorgenommen werden? Wir halten Sie auch in den Parlamentsferien darüber aktuell auf dem Laufenden. Ein zweiter Schwerpunkt befasste sich mit der weiteren Entwicklung der Innenstadt. Mit großer Stimmenmehrheit wurden die notwendigen Änderungen der Bauanträge und der Verkauf der Grundstücke für den Beginn der Arbeiten am Palais Barberini als Kunstmuseum angenommen. Ein kleiner Schritt für ein gro-

ßes Vorhaben. Mit dem Bau kann damit bereits im Herbst begonnen werden.

Ein weiterer – für die Stadtentwicklung wichtiger – Beschluss, die Satzung Entwicklungsbereich „Krampnitz“ wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Die Forderung der CDU/ANW-Fraktion, die Interessen der angrenzenden Landwirtschaftsbetriebe zu berücksichtigen, war Gegenstand unseres Antrages (s. a. Beitrag von Klaus Rietz). Für dieses städtebauliche Vorhaben wird mit Beschluss der SVV eine Tochtergesellschaft von der ProPotsdam gegründet. Dieser GmbH soll ebenfalls ein Aufsichtsrat zur Seite gestellt werden. Die Befugnisse des Aufsichtsrats sind aber nur auf das Wirken der GmbH ausgerichtet. Das zur Verfügung gestellte Treuhandvermögen obliegt nicht dessen Einfluss. Hier werden weiter Vorschläge von der Verwaltung erwartet.

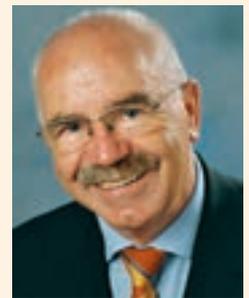
Im Eiltempo wurde der Gründung einer Tochtergesellschaft des Klinikum Ernst von Bergmann zur Gründung einer Diagnostikgesellschaft mehrheitlich zugestimmt.

Aus der Sicht der CDU/ANW-Fraktion war die SVV in ihren Ergebnissen und Redebeiträgen konstruktiv und in den entscheidenden Anträgen – wie oben beschrieben – mehrheitlich einer Meinung. Die Anträge der Fraktion wurden in die Ausschüsse überwiesen bzw. der Verwaltung zu Lösungsvarianten als Aufgabe übertragen. Wir werden Sie weiterhin auch darüber ausführlich informieren. Die CDU/ANW-Fraktion wünscht allen einen erholsamen Sommer. Lassen Sie uns gemeinsam die anstehenden politischen Aufgaben in unserer Stadt angehen und zu einem guten Ergebnis führen.

*Horst Heinzl*

### Kolumne

#### Sommerferien



Endlich sind sie da: die Sommerferien – von den Stadtverordneten auch „Sommerpause“ genannt. Doch wie lang wird sie sein? Bei den anstehenden Themen wohl nicht allzu sehr – und hoffentlich wird aus der Sommerpause kein Sommertheater. Tourismusabgabe oder Bettensteuer, Parkeintritt nur für Touristen und wenn ja, wie viel sollen sie zahlen? Soll für die Bürgerinnen und Bürger Potsdams der Eintritt frei sein oder sollen sie einen symbolischen Obolus entrichten, wenn der Parkeintritt Wirklichkeit wird? Kaufen wir uns mittels Haushaltseinsparungen vom Parkeintritt frei? Vor allem, wo soll gespart werden? Diese Fragen werden alle in der Sommerpause geklärt – sagt der Oberbürgermeister. Die CDU/ANW-Fraktion hat sich bereits gegen die Tourismusabgabe ausgesprochen, wir unterstützen aber die Prüfung der Einführung einer Beherbergungssteuer. Welche Meinung vertreten Sie? Oder haben Sie neue Ideen und Sichtweisen? Schreiben Sie uns. Wir greifen Ihre Ideen gerne auf! Die Fortsetzung des Aufbaus der Potsdamer Mitte hält ebenfalls einen großen Themenkatalog für die Sommerpause parat. Der Lange Stall:

*Fortsetzung auf Seite 2*



Mehr Infos zu aktuellen Themen sowie alle Antragstexte finden Sie unter

[www.cdu-fraktion-potsdam.de](http://www.cdu-fraktion-potsdam.de)

# Entwicklungsgebiet Krampnitz mit Änderungen beschlossen



Mit großer Mehrheit hat die Stadtverordnetenversammlung der Verwaltungsvorlage für ein Entwicklungsgebiet Krampnitz, einschließlich

der landwirtschaftlich genutzten Flächen auf dem „Aasberg“, mit einigen Änderungen zugestimmt.

Der Oberbürgermeister wurde auf Antrag der CDU/ANW-Fraktion beauftragt, vor einer eventuellen Inanspruchnahme der zum Entwicklungsgebiet „Krampnitz“ gehörenden landwirtschaftlich genutzten Flächen im Rahmen einer Enteignung, alle anderen Möglichkeiten einer einvernehmlichen Lösung mit den Eigentümern dieser Flächen anzustreben. Darüber hinaus muss im Zuge der Konkretisierung der Bauleitplanung der Sicherung der landwirtschaftlichen Flächen Rechnung getragen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Rahmen der Einleitung einer Enteignung über den Verlauf und die Bemühungen zu einer einvernehmlichen Lösung mit den Eigentümern der landwirtschaftlichen Flächen zu gelangen, detailliert zu unterrichten.

Mit weiteren Änderungsanträgen anderer Fraktionen wurde beschlossen, dass der Oberbürgermeister in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte für das Kasernengelände Krampnitz (insbesondere der Bauleitplanung) eine detaillierte Verkehrsauswirkungsanalyse durchführen soll. In Abstimmung mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, dem Bezirksamt Spandau sowie weiteren betroffenen Stellen ist

ein belastbares Konzept für eine individuelle und öffentliche Verkehrsanbindung des Standortes Krampnitz in den Raum Potsdam-Berlin-Spandau zu erstellen. Dabei ist die Möglichkeit einer schienengebundenen Anbindung des Wohnortes zu prüfen und deren Machbarkeit auch in Hinblick auf die Kosten und die Finanzierung zu untersuchen. Darüber hinaus ist in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte – auch hier in Berücksichtigung der Bauleitplanung – eine detaillierte Prognoseuntersuchung über die Luftschadstoffe und Lärmauswirkungen durchzuführen, die durch die zusätzliche Nutzung in Krampnitz verursacht werden. Der Oberbürgermeister weist darin nach, dass die Luftschadstoffgrenzwerte der 39. Brandenburgischen Immissionschutzverordnung eingehalten werden und die gesundheitsrelevanten Lärmbelastungen entlang der B2, innerhalb Potsdams, durch geeignete Lärmschutzmaßnahmen vermieden werden. Dieser Nachweis ist der Abteilung 5 des Umweltministeriums zur Prüfung vorzulegen. Erst nach Erfüllung der o. g. Arbeitsaufträge und Zustimmung durch die SVV kann der Oberbürgermeister mit der weiteren Bauleitplanung fortfahren. Die vorgenannten Untersuchungsarbeiten werden öffentlich ausgeschrieben. Außerdem wurden folgende Maßgaben zur verträglichen Entwicklung dieses Gebietes beschlossen: Zum Einen ist die Anbindung des neuen Stadtteils und von Groß Glienicke durch eine Verbesserung des ÖPNV, u. a. der Verkürzung von Taktzeiten im ÖPNV dringend zu verbessern. Zum Zweiten sind schädliche Auswirkungen durch die Erhöhung der Verkehrsmengen in der Ortslage

Fortsetzung von Seite 1

Wird er laut Wettbewerbsergebnis ein „Wohnstall“ oder soll er doch noch ein Raum für die Öffentlichkeit werden? (Siehe Artikel aus „CDU/ANW vor Ort“, Ausgabe 2). Die Meinungen prallen aufeinander. Die CDU/ANW-Fraktion wird sich diesen Fragen intensiv widmen – egal wie hoch die Temperaturen steigen. Auch hier interessiert uns Ihre Meinung.

Ein weiteres heiß diskutiertes Thema ist: Wohin mit der Weißen Flotte? Nach Auffassung der CDU/ANW-Fraktion gehört sie in den Lustgarten, nur an welche Stelle? Soll sie am Bahndamm oder am Fuße des Hotels bauen? Diese Fragen werden uns ebenfalls in den heißen Sommermonaten begleiten. Sie sehen, die Sommerpause verspricht viel Abwechslung und wir, die CDU/ANW-Fraktion, mitten drin. Wir wünschen Ihnen schöne, sonnige Ferienwochen.

von Groß Glienicke von der Stadtverwaltung durch Gutachten prognostisch zu untersuchen und je nach Entwicklungsstand des neuen Wohngebietes in Krampnitz fortzuschreiben. Zum Dritten müssen die Erkenntnisse der Gutachten und der Verkehrszählungen von der Verwaltung ausgewertet und in konkrete Maßnahmen zum Lärm- und Immissionsschutz bzw. zur Verkehrsvermeidung umgesetzt werden. Über die Arbeitsergebnisse ist der Stadtverordnetenversammlung und den Ortsbeiräten Fahrland und Neu Fahrland alle drei Monate zu berichten. Diese Änderungen waren der CDU/ANW-Fraktion wichtig, um den Anliegern ihre nachvollziehbaren Ängste zu nehmen und das Vorhaben verträglich umsetzen zu können.

*Klaus Rietz*

## Neue Anträge der CDU/ANW in der SVV

Von der CDU/ANW wurden in der SVV am 05.06.2013 zwei neue Anträge gestellt. Einer davon war der bereits in der letzten Sichtachse vorgestellte Antrag zum Einsatz digitaler Medien in Potsdamer Schulen.

Dieser Antrag, der sich mit der Verbesserung der schulischen Bildung durch moderne Informations- und

Kommunikationstechniken befasst, wurde in den Ausschuss Bildung und Sport überwiesen. Der Antrag wurde auf der Sitzung am 18.06.13 ohne Gegenstimmen angenommen.

Der zweite Antrag – Einbruchssicherung von Haus und Wohnung – beinhaltet die Prüfung ob und wie individuelle präventive Maßnahmen zur

Einbruchssicherheit als ein definierter Mindeststandard im Wohnungsbau bei der Antragstellung von Bauanträgen verbindlich umgesetzt werden können (s. auch PSA Mai 2013).

Dieser Antrag wurde in den Bauausschuss überwiesen und soll nach der Sommerpause in der Sitzung am 13.08.2013 aufgerufen werden.

Der zweite Halt auf unserer Tour führte uns am 11. Juni zur Potsdamer Tafel. Wir wollten die Arbeit der Potsdamer Tafel, ihre Aufgaben, Ziele und Wünsche näher kennen lernen. Da war die für Juli 2013 geplante Eröffnung der neuen, dritten Ausgabestelle in der Drewitzer Straße 22a gerade der richtige Anlass. Wir wurden von Maria Conze, Sprecherin der Potsdamer Tafel und dem zukünftigen Leiter der Ausgabestelle, Hans-Jürgen Meißner, sehr herzlich begrüßt. Das neue Domizil war mit seinem schon weithin sichtbaren, professionellen Graffito nicht zu verfehlen. Überrascht waren wir vom bereits fertigen Innenausbau. Stolz zeigte uns Hans-Jürgen Meißner alle Räume: Vom Kundenraum über das Vorsortierlager bis zum Aufenthaltsraum und die sanitären Einrichtungen, für die dort künftigen tätigen 14 ehrenamtlichen Mitarbeiter. Besonders hob Hans-Jürgen Meißner hervor, dass noch eine Kühlzeile aus Mitteln der Potsdamer Tafel bis zur Eröffnung eingebaut werden soll. Damit wird gewährleistet, dass nicht ausgegebene Lebensmittel gelagert und nicht in jedem Fall sofort entsorgt werden müssen. Alles in allem eine Ausgabestelle der Potsdamer Tafel, die nicht nur ihren Kunden viel Freude bereiten wird, sondern ganz bestimmt auch den ehrenamtlichen Mitarbeitern.

Die erste deutsche Tafel wurde 1993 in Berlin von der Initiativegruppe Berliner Frauen e. V. gegründet. Am 22. Februar 1993 begann mit einer Pressekonferenz ihre Geschichte. Rasch entstanden weitere Tafeln in vielen deutschen Städten, nach deren Vorbild sich 1998 die Potsdamer Tafel gründete. Sie unterstützt mit ihren derzeit zwei Ausgabestellen täglich Menschen, bei denen ein Mangel an Lebensmitteln herrscht. Die gespendeten Lebensmittel, die qualitativ einwandfrei sind, transportiert sie von Spendern an ihre Ausgabestellen, um diese dort an bedürftige Menschen zu verteilen. Vor ihrer Ausgabe werden die Lebensmittel von den ehrenamtlichen Helfern gewissenhaft vorsortiert, um sicherzustellen welche Lebensmittel an die Kunden verteilt werden können. Schlechte Ware wird entsorgt.

Seit November 2010 ist pro Besuch ein kleiner Obolus von einem Euro an die

Tafel zu entrichten. Die derzeit aktiven Potsdamer Ausgabestellen befinden sich bei der Evangelisch-Freikirchlichen Baptisten Gemeinde, Schopenhauerstraße 8 und in der Kirche im Kirchsteigfeld/Stadteilladen Anni-von-Gottbergstraße 14.

Die Ausgabe am Schlaatz musste im September 2012 wegen unhaltbarer Zustände geschlossen werden und ist es immer noch. Die Ausgabezeiten waren bedingt durch die Nutzung der Räume eines Jugendclubs ab 14.30 Uhr zu kurz, da die Ware erst ab 12.30 Uhr angeliefert werden konnte. Die ordnungsgemäße Versorgung der Kunden war nicht mehr gewährleistet. Die rund 120 bedürftigen Menschen konnten in der knappen Ausgabezeit nicht alle bedient werden. Am Ende war eine menschenwürdige und geordnete Ausgabe der Lebensmittel nicht mehr möglich. Es blieb nur ihre Schließung. Nun war die Verwaltung gefragt, ein Ausweichquartier für eine neue Ausgabestelle zu finden. Es wurden mehr als 30 Standorte geprüft. Die Fraktion der CDU/ANW hat sich nachhaltig in den politischen Gremien dafür eingesetzt, dass ein Objekt gefunden wird, dass auch auf längere Sichte den not-

wendigen Ansprüchen einer Ausgabestelle gerecht wird und wirtschaftlich von der Potsdamer Tafel betrieben werden kann.

Ein neuer Standort wurde von der Verwaltung im Einvernehmen mit den politischen Gremien gefunden und der Potsdamer Tafel vorgeschlagen.

Es ist ein 250m<sup>2</sup> großes Gebäude in der Drewitzer Straße 22a. Das Gebäude wird vom Kommunalen Immobilien Service (KIS) verwaltet. Den Innenausbau übernahm der vorherige Mieter, die Energie- und Wasser Potsdam GmbH (EWP). Die Stadt Potsdam übernimmt für zehn Jahre die Mietkosten; die Betriebskosten trägt die Potsdamer Tafel.

Nach einem sehr informativen Besuch danken wir Maria Conze und Hans-Jürgen Meißner für die freundliche Aufnahme und die interessanten Einblicke in die Arbeit der Tafel. Unser Dank gilt auch dem täglichen Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiter.

Wir wünschen ihnen allen viel Erfolg, viele Sponsoren und immer zufriedene Kunden. Die CDU/ANW-Fraktion war bestimmt nicht das letzte Mal vor Ort.

*Horst Heinzel*

## Presseinformation

### Behördenstreit auf dem Rücken der Schüler

Die CDU/ANW Fraktion und die CDU Kreisvorsitzende Katharina Reiche erwarten von den zuständigen Behörden eine schnelle Entscheidung zum Erweiterungsbau des Humboldt-Gymnasiums.

Zu der Absage der Landesdenkmalbehörde, den Anbauplänen des Humboldt-Gymnasiums zuzustimmen, sagte der Vorsitzende der CDU/ANW-Fraktion Horst Heinzel am Mittwoch: „Hier wird ganz deutlich ein Behördenstreit auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und des Lehrpersonals ausgetragen“. Er appellierte an alle Beteiligten, dieses wichtige Investitionsvorhaben zügig umzusetzen, denn „sonst ist alles nur Stückwerk“.

Auch die Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Potsdam Katherina Reiche sagte: „Notwendige Verbesserungen dürfen keinen Fall ausbleiben“. Sie vertraue darauf,

dass alle Beteiligten rasch eine einvernehmliche Lösung „zum Wohle der Schüler und Schülerinnen finden werden“.

Das Humboldt-Gymnasium ist das einzige behindertengerechte Gymnasium der Landeshauptstadt. Mit der Absage an eine Erweiterung erteile man auch dem Inklusionsgedanken eine Absage, sagte Heinzel.

Heinzel sieht nun das Land in der Pflicht. „Die Pläne sind vorhanden, die Mittel im Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service (KIS) als Bauherrn eingestellt. Jetzt muss diese Investition zeitnah umgesetzt werden.“

Die CDU/ANW-Fraktion unterstütze die berechtigten Forderungen der Schüler und Schülerinnen, des Lehrpersonals und der Eltern, sagte Heinzel. „Das Thema steht oben auf unserer Agenda.“

Das Landesdenkmalamt hatte den geplanten Erweiterungsbau abgelehnt. Es befürchtet eine gravierende und erhebliche Beeinträchtigung des Denkmalwertes.

# Vertragsabschluss:

## Landeshauptstadt Potsdam und Schlösserstiftung wenden Parkeintritt ab

Potsdam zahlt ab 2014 für fünf Jahre jährlich eine Million Euro an die Schlösserstiftung. Im Gegenzug dazu wird die Stiftung keinen Parkeintritt erheben und die Parkzugänge offen halten. Das im Vertrag zugesicherte Geld aus dem Ergebnishaushalt soll ausschließlich der Pflege des Parks zu gute kommen. Über den Verwendungsnachweis wird jährlich ein Bericht erwartet.

Ohne diesen Vertrag hätte die Schlösserstiftung ihr geplantes Modellprojekt, Eintritt für den Park zu erheben, umgesetzt. Damit wäre das Heft des Handelns der Stadt komplett aus der Hand genommen worden. Sie hätte keinen Einfluss auf die Höhe des Parkeintritts und auch kein Mitspracherecht darüber, welche Parkeingänge offen gehalten oder geschlossen werden.

Die Folge: Mit großer Sicherheit wären Anträge der einen oder anderen Fraktion gekommen, die freien oder ermäßigten Parkeintritt für bestimmte Gruppen und ähnliches fordern würden. Damit wäre eine Maschinerie in Gang gesetzt worden, die für Potsdam zusätzlich Ausgaben im freiwilligen Bereich bedeutet hätte, deren Höhe keiner kennt – von dem Verwaltungsaufwand ganz zu

schweigen. Mit dem Vertrag werden wir erst einmal Zeit gewinnen, um langfristig eine ausgewogene Gegenfinanzierung zu erreichen. Das heißt, die Übernachtungs- und Tagestouristen an der Finanzierung des Parkeintritts gerecht zu beteiligen. Die CDU/ANW-Fraktion hat diesem Vertrag mit Bauchgrummeln zugestimmt: Denn der Vertrag hat ein Manko. Wo soll für das Jahr 2014 die eine Million Euro herkommen? Bis jetzt haben wir von der Verwaltung dazu nichts gehört. Wir warten mit großer Spannung auf diesen Nachweis.

Anschrift:

### Impressum

**Herausgeber:**

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam  
Stadthaus, Raum 3.093  
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam  
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

**Gesamtherstellung:**

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

**V. i. S. d. P.**

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin  
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich

Damit ein freier Parkeintritt für alle in Erfüllung gehen kann, schafft sich der Kämmerer dieses Haustier an!



### Kommentar

## Der Park muss offen bleiben!



Mit großer Sorge verfolge ich die eskalierende Diskussion in der Landeshauptstadt Potsdam zum geplanten Parkeintritt für den Park Sanssouci. Schon dem damals gefassten Grundsatzbeschluss über ein zu erhebendes Eintrittsgeld für den Park stand ich kritisch gegenüber. Der Park sollte in meinen Augen öffentlich zugängliches Kulturgut bleiben, ohne Beschränkung, ohne Restriktionen. Der Park darf nicht einigen Wenigen vorbehalten bleiben. Dass die Kitakinder und ihre Erzieher von St. Peter und Paul künftig Parkeintritt zahlen müssen, um Kastanien zu sammeln, ist für mich nur schwer vorstellbar.

Der Park Sanssouci ist zudem die „grüne Lunge“ Potsdams. Man stelle sich vor, der Berliner Tiergarten oder der New Yorker Central Park würden umzäunt und mit einem Eintrittsgeld belegt! Ich verstehe, dass die Stadt Potsdam als ein Profiteur dieses einmaligen Kulturgutes auch einen Beitrag zum Erhalt der Parkanlagen leisten muss. Die Tourismuswirtschaft der Stadt ist ein wichtiger Wirtschaftszweig, dessen Prosperität sich zu einem guten Teil von den Schlössern und Gärten ableiten lässt. Deshalb unterstütze ich die Prüfung der Einführung einer City-Tax (Beherbergungssteuer) in Potsdam. Der Oberbürgermeister steht hier in der Pflicht, diese rasch einzuführen.

Die jüngste Medienberichterstattung allerdings lässt mich aufschrecken. Den

Berichten zufolge verlangt die Stiftung schon in zwei Jahren deutlich mehr als die vom Oberbürgermeister Jakobs kommunizierten eine Million Euro.

Außerdem gäbe es Pläne, nicht nur den Park Sanssouci sondern auch alle weiteren Parkanlagen – wie den Neue Garten oder den Park Babelsberg – in Zukunft zu umzäunen und mit einem Eintrittsgeld zu belegen.

Das hieße, dass überhaupt keine Parkanlage für die Potsdamer mehr frei zugänglich wäre.

Hiergegen wende ich mich energisch! Schon den Parkeintritt für Sanssouci halte ich für falsch. Aber alle Parks kostenpflichtig zu gestalten, wäre unzumutbar.

Ich werde mich weiterhin für einen freien Zugang der Potsdamer Bürger zu den Parkanlagen einsetzen!

*Ihre Katherina Reiche MdB,  
Kreisvorsitzende*